

Beschlussauszug

Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Geltinger Bucht vom 25.11.2020

TOP 1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit und gegebenenfalls Beschluss über Änderungsanträge zur Tagesordnung

Amtsvorsteher Thomas Johannsen eröffnet die Sitzung des Amtsausschusses um 17.00 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Amtsausschusses, die anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die Gleichstellungsbeauftragte Frau Lehnert, Amtswehrführer Hartmut Christophersen, Frau Köhler von der Presse, den Architekten Thomas Rader zu TOP 9 sowie Frau Albertin von der Firma KUBUS zu TOP 12. Herr Johannsen bedankt sich bei der Gemeinde Gelting für die Bereitstellung der Birkhalle für den kommunalen Sitzungsdienst, so dass die Gremien unter Einhaltung der Hygienevorgaben aufgrund der Corona Pandemie in diesem Rahmen stattfinden können.

Herr Johannsen stellt die ordnungsgemäße Einladung und Bekanntmachung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet er darum, den ursprünglichen TOP 9 Beratung und Beschlussfassung zur Erweiterung des Amtsgebäudes insoweit zu ändern, dass heute lediglich eine Vorstellung der Planung erfolgt. Die Beschlussfassung wird verschoben.

Herr Theet-Meints verliest einen weiteren Antrag auf Änderung zur Tagesordnung der der Anlage zu entnehmen ist. Zu diesem Antrag stellt Herr Johannsen klar, dass der Punkt nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde, weil es sich um eine fast identische Beschlussempfehlung aus dem September 2019 handelt. Nach Ansicht von Herrn Johannsen ist kein Zwischenstandsbeschluss erforderlich, da dem Schulausschuss Prokura zur Erstellung einer Schulentwicklungsplanung erteilt wurde. Es fehlt lediglich der Beschluss zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Einbindung eines externen Büros. Die Vorwürfe aus dem Antrag seien haltlos, da bereits Gespräche zwischen Herrn Theet-Meints und Herrn Johannsen stattgefunden haben und ein weiteres Gespräch angekündigt ist. Der Vorschlag von Herrn Johannsen ist die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes auf die Sitzung des Amtsausschusses im Dezember 2020.

Es erfolgt die Abstimmung über die Änderung des TOP 9: Beratung und Vorstellung zur Erweiterung des Amtsgebäudes

Abstimmung:

Anzahl der Mitglieder des Gremiums	davon anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	20	18	0	2

Zu dem Antrag von Herrn Theet-Meints stellt Herr Johannsen noch einmal klar, dass die Entscheidung über die Tagesordnung dem Vorsitzenden des Gremiums obliegt.

Es erfolgt die Abstimmung über den Antrag von Herrn Theet-Meints:

Abstimmung:

Anzahl der Mitglieder des Gremiums	davon anwe- send	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	20	9	11	0

Der Antrag ist somit abgelehnt. Es erfolgt eine Beschlussempfehlung auf der Sitzung des Amtsausschusses im Dezember 2020.

Anlage 1 Antrag zur Tagesordnung

Der Auszug entspricht dem Inhalt der Beratung.

Steinbergkirche, den 08.04.2024

In Bezug auf den fehlenden Tagesordnungspunkt 10, „**Beratung und Beschluss zum zukünftigen Schulentwicklungskonzept im Amt Geltinger Bucht**“, der Schulausschusssitzung vom 11.11.2020

Beschlussvorschlag:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

1. In die Gemeinschaftsschule Sterup wird in den nächsten Jahren so investiert, dass sie den Anforderungen als weiterführende Schule für die Zukunft gerecht wird.

(Die Grundschule in Geltung wird mit dem Ziel überplant, dass sie zukünftig zwischen 250-280 Grundschüler*innen aufnehmen kann und ein „Vorzeige-Grundschulstandort“ wird.)

2. Die Grundschulstandorte werden mit dem Ziel überplant, dass sie zukünftigen Anforderungen einer offenen/gebundenen Ganztagschule gerecht werden.

Punkt 2 könnte so ausgelegt werden, dass eine Veränderung der Schullandschaft nur hinsichtlich möglicher Anforderungen am Gebäude usw. erfolgen, eine weitergehende Veränderung bis hin zur grundsätzlichen Überplanung der Schullandschaft jedoch nicht erfolgen soll.

möglicher Zusatz: Das bezieht sich nicht nur auf die baulichen, sondern auch auf alle anderen damit verbunden Überplanungen. z.B. einheitliche Schulkonzepte, Standortfragen, Nachnutzungsplanungen usw. oder auch anders

3. Der Schulausschuss wird durch den Amtsausschuss beauftragt und ermächtigt, alle notwendigen Maßnahmen in Zusammenhang mit möglichen Veränderungen an den Schulstandorten möglichst detailliert und unter Berücksichtigung von infrastrukturellen, pädagogischen und finanziellen Faktoren weiter auszuplanen.

4. Nach Erarbeitung der Ausplanung und den damit möglicherweise verbundenen Veränderungen an Schulstandorten wird dem Amtsausschuss ein **Schulentwicklungskonzept AGB zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.**

Ich beantrage hiermit, auch im Namen des Schulausschusses, die Aufnahme dieses gerade vorgelesenen Beschlusses mit auf die Tagesordnung mit der Begründung der Dringlichkeit zu nehmen.

Diese möchte ich noch kurz, hoffentlich für alle verständlich erläutern:

In der besagten Sitzung am 11.11.2020 ist unter Punkt 10 wie mit dem Amtsvorsteher im Vorwege abgestimmt die Präsentation (Stefan Meyer) eines möglichen Entwicklungsschrittes unserer zukünftigen Schullandschaft vorgestellt worden.

Nach einer kurzen Diskussion ist der Beschlussvorschlag mit einer kleinen Änderung, wie bereits gerade vorgestellt, von den 11 anwesenden Ausschussmitgliedern, unter anderem auch von Thomas, Hans-Heinrich, usw. der Beschluss **einstimmig** gefasst worden. Diese Einstimmigkeit wurde bereits zuvor auch bei den Tagesordnungspunkte 8 und 9 erzielt, welche ich möglicherweise gleich noch genauer mit in diesen Zusammenhang bringen möchte!

Dieser Tagesordnungspunkt ist mit einer mir noch immer nicht ganz erklärlichen Weise von Thomas und der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung genommen worden.

Ich halte auch noch mal fest, dass weder mit mir, noch mit meinem Vertreter, uns dieses frühzeitig mitgeteilt wurde.

Somit ist der **einstimmige** Beschluss des Schulausschusses, **nicht** im

Bekanntmachungsblatt vom Freitag, den 13.11.2020 aufgetaucht, was allen auf der heutigen Tagesordnung ersichtlich und spätestens jetzt aufgefallen sein dürfte, mit auf die Tagesordnung genommen worden.

Einen klärenden Gesprächstermin mit den Vorsitzenden, haben **wir** vor dieser Sitzung, trotz Zusage vom Montag, den 16.11.2020 nicht erhalten. Nicht einmal eine Rückmeldung. Und einen Termin nach der dieser Sitzung, zur Klärung dieses Sachverhaltes entschließt sich meiner Sinnhaftigkeit. Das diese Termin **nicht** bis Ende der vergangener Woche stattgefunden hat, ist auch gegenüber dritten, von der Verwaltung bedauert worden. Also keine Wahrnehmungsstörungen auf meiner Seite!

Ist nicht mindestens eine Ergänzung zu dem Beschluss aus 2019 möglich?
Oder man könnte auch den Beschluss, hier in der Amtsausschusssitzung noch ergänzen, es sind ja alle Ausschussmitglieder anwesend!

Der Amtsausschuss beauftragt den Schulausschuss, unter Beteiligung aller betroffenen Akteure ein Konzept für die *Schullandschaft im Amt Geltinger Bucht 2030* zu erarbeiten.
Ein akzeptables Ergebnis wird bis Ende 2022 erbeten.

In diesem Beschluss ist nicht die Rede von einem benötigten Schulentwicklungsplan, der zukünftig für die Förderung von Schulinvestitionen vorgeschrieben ist, also ist mindestens die Ergänzung des vormaligen Beschlusses wäre erforderlich, um die nächsten Schritte einleiten zu können.

Warum ist dieser Beschluss weiterhin nun so wichtig und dringlich?

In der nächsten Sitzung am 16.12. werden ja die Haushaltsberatungen für den Haushalt 2021 stattfinden, und hier müssen die Planungskosten für die Schulentwicklung mit eingeplant werden. Dazu ist nur der Amtsvorsteher ermächtigt, also keine Planungskosten, keine weitere Handlungsmöglichkeit für den Schulausschuss und dass soll allen Akteuren des Schulausschusses trotz **einstimmigen** Beschluss nicht gewehrt werden?
Sollten sich hier nicht zu mindestens die Personen mit Doppel oder Mehrfachfunktionen solidarisch und Lösungsorientiert zeigen? Warum wird hier auf die Bremse getreten und den restlichen Schulausschussmitgliedern und deren Vertretern das Fortkommen wissentlich entzogen?

Also in der nächsten Sitzung muss ein Beschluss über die Ermächtigung des Amtsvorstehers herbeigeführt werden, damit er die notwendigen Ausschreibungen für die Planungsleistungen zur Schulentwicklung durchführen und die entsprechenden Aufträge erteilen kann. Die notwendigen Mittel sind bereit zu stellen. Wie kommen wir zu diesem Ziel? Durch nötige Ergänzungen, durch Heilung und Engagiertes Verwaltungshandeln!
Die sind doch alle heute hier!

Also die Mittel müssen im Haushalts(plan) 2021 mit eingeplant werden.

Da ich davon ausgehe das diese Spielregeln bekannt sein dürften, Thomas auch in mehreren Ausschüssen vertreten ist, kommt mir diese bis hierhin gezeigte Vorgehensweise etwas fragwürdig vor!

Komme ich noch mal kurz zu den von mir gestellten Fragen, die nicht von allen gleichermaßen für nötig erachtet und gewünscht wurden:

Erst einmal vielen Dank für die aufschlussreichen Antworten, spätestens jetzt sollte jeder zwischen den Zeilen erkannt haben, dass hier versucht wird den einen Ausschuss gegen den anderen

auszuspielen, obgleich sich teilweise die gleichen Personen in ihnen befinden. Gleichzeitig kann ich mir nicht vorstellen, dass diese Überrumpelungstaktik nicht von allen Ausschussmitgliedern gleichermaßen unterstützt und mitgetragen wird. Hier sollte in den einzelnen Gruppen/Gesprächsrunden möglicherweise eine Aufarbeitung erfolgen und jeder die Möglichkeit erhalten seine **eigenen** Standpunkte noch mal herauszuarbeiten.

Ansonsten sehen wir dunkle Wolken und frostigen Zeiten, der Jahreszeit entsprechend auf uns zukommen, die wir alle nicht nötig haben und die uns nicht im Geringsten weiterhelfen.

Auch wenn es keiner gerne hören möchte, gehören die beiden Themen Amtsan-/neubau sowie die Schulentwicklung allein schon wegen der möglichen finanziellen Auswirkungen im Amtshaushalt und in den einzelnen Gemeinden zusammen.

Mag es auch gleich bei der Vorstellung erläutert werden, möchte ich noch kurz verdeutlichen, dass sich seit der Amtsfusion 2008, jetzt die wohl einzige Gelegenheit eines zentralen Amtsgebäudes für unserer Region und unserer Bevölkerung ergeben könnten und wie wurden dieses in den Planungen berücksichtigt? Die Maasholmer hätte sicher nichts gegen eine kürzere Wegstrecke als über 20 km! Jeder einzelne uns muss die Möglichkeit erhalten diese und andere Auswirkungen seinen Mitstreitern in den Gemeinden und gegeben falls seinen Bürger erläutern, vertreten und ein Stück weit auch leisten können.

Last uns also wieder zur Sachlichkeit übergehen und den Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung setzen.

Über ein positives Signal würden sich meine 10 Mitstreiter aus dem Schulausschuss und ich sehr freuen!

Vielen Dank!

Mit freundlichem Gruß

Jörg Theet-Meints